

1918 – MODELL EINES KOMPLEXEN TRANSFORMATIONSPROZESSES?

Die Auseinandersetzung mit der tschechoslowakischen Staatsgründung 1918 hat im Wechsel politischer, ideologischer und methodischer Prägungen eine reiche Forschungslandschaft hervorgebracht. Davon, dass man sich in den Geschichtswissenschaften mittlerweile auf eine übernational Geltung beanspruchende Erinnerung verständigt habe, kann auch nach fast einem Jahrhundert nicht die Rede sein.

Die am 14. und 15. April 2008 in Prag vom Masaryk-Institut unter der Federführung von Ivan Šedivý (Prag) und dem Archiv der tschechischen Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik veranstaltete Tagung „1918 – Das Modell eines komplexen Transformationsprozesses?“ fragte trotz des Titels nur am Rande nach der Modellhaftigkeit der tschechoslowakischen Staatsgründung für die weitere nationale oder europäische Entwicklung, sondern wandte sich der „Komplexität“ jenes Transformationsprozesses zu. Von den verschiedenen Anlässen für die „8er“-Konferenzen, die in diesem Jahr unter dem Titel „Tschechische Kreuzwege der europäischen Geschichte 1918 – 1938 – 1948 – 1968“ organisiert wurden und werden, ist in der gegenwärtigen tschechischen Politik dieses Ereignis vielleicht am stärksten als „modellhafter“ Anknüpfungspunkt präsent. Im Mittelpunkt der Tagung standen die (Dis)Kontinuitäten der gesellschaftlichen, politischen, rechtlichen und sozialen Entwicklung, für die das Jahr 1918 zwar nicht immer erst den Anstoß geben musste, gleichwohl aber zu einem Symbol dieses Umbruchs geworden ist. Im Vergleich zu ihrer Vorgängerveranstaltung vor zehn Jahren „Tschechoslowakei 1918-1938. Schicksale der Demokratie in Mitteleuropa“¹ setzte die Tagung deutlich andere Schwerpunkte.

Der erste thematische Komplex „Architekten der neuen Tschechoslowakei und ihre Pläne; neue Machteliten und ihre Institutionen“ widmete sich den personellen Verstreungen des neuen Staates. Standen 1998 noch einzelne bedeutende Persönlichkeiten im Vordergrund der Referate, sah man hiervon dieses Mal zugunsten gruppenorientierter Ansätze ab. Herausgegriffen wurden insbesondere die tschechischen politischen Eliten (Jana Čechurová), die militärischen Führungseliten des Offizierskorps der tschechoslowakischen Armee (Martin Zückert) sowie die Akteure der Außenpolitik und des Außenministeriums (František Kolář). Die per-

¹ Valenta, Jaroslav/Voráček, Emil/Harna, Josef (Hgg.): Československo 1918-1938. Osudy demokracie ve střední Evropě [Die Tschechoslowakei 1918-1938. Schicksale der Demokratie in Mitteleuropa]. 2 Bd. Praha 1999.

sonellen Kontinuitäten von der Habsburgermonarchie zur Ersten Republik waren in den Führungsschichten der politischen Parteien, aber auch in der Regierung dabei ungleich stärker als etwa in der Armee oder im Außenministerium. Dort ist zumindest teilweise eine gewisse Wandlungsresistenz zu konstatieren. So verzichtete die Regierung Kramář fast gänzlich auf personelle Neubesetzungen und schrieb die parteipolitische Propaganda des 19. Jahrhunderts in der Zeit nach 1918 fort (Čechurová).

Einen tieferen Wandlungsprozess vollzogen nach äußeren Anfeindungen und inneren Krisen die Vertreter des politischen Katholizismus. Michal Pehr (Prag) zeigte in seinem Referat, wie es der katholischen politischen Führung in der neu gegründeten Tschechoslowakischen Volkspartei gelang, sich im zunächst kirchenfeindlichen Klima der Ersten Republik durch eine Instrumentalisierung der Nationalitätenfrage als wichtige Kraft zu behaupten. Die Akzeptanz des politischen Katholizismus in der Ersten Republik warf die Frage auf, wie durchgreifend die Säkularisierung des ersten tschechoslowakischen Staates in der politischen Praxis war. In einer äußerst angeregten Debatte wies Miloš Trapl (Olomouc/Olmütz) auf die außenpolitischen Verwerfungen um die Trennung von Staat und Kirche hin, während Jan Rychlík (Prag) die These vertrat, es handele sich bei der Säkularisierung um einen politischen Mythos, weil die Gesetzgebung nach 1920 über bloße Schubladenprojekte nicht hinausgekommen sei.

Im Unterschied zu den genannten, jeweils für sich genommen relativ homogenen politischen Gruppen war die militärische Führung personell äußerst disparat. Zückert (München) wies in seinem Vortrag auf die beträchtlichen Integrationsleistungen der tschechoslowakischen Armee hin: Auf der Ebene des Offizierskorps mussten sowohl Nationalitätenkonflikt als auch politischer Widerstreit zwischen ehemaligen Angehörigen der K. u. k.-Armee und der Legionärstruppen eingedämmt werden. Gerade ein nach dem Ersten Weltkrieg gewandeltes Verständnis vom politisch aufgeklärten und aufzuklärenden Soldaten konnte den Nationalitätenkonflikt zu einem maßgeblichen Teil republikanisch überformen, sodass bei den Minderheiten auf lange Sicht der Respekt vor der tschechoslowakischen Armee das Gefühl der Repression überwog. Der diplomatische Apparat der Tschechoslowakei griff hingegen nur auf etwa ein Fünftel der bereits im altösterreichischen diplomatischen Dienst tätigen Beamten zurück, barg dadurch weniger Konfliktpotential und verfügte über eine vergleichsweise junge Personalstruktur (Kolář).

Das sozialgeschichtliche Panel zur Transformation des Jahres 1918 „Sozialpolitische Probleme des neuen Staates: Erbe und Realität“ rückte exemplarisch die Arbeiter- und die Frauenbewegung in den Blick. Michal Pullmann (Prag), der die Arbeiterbewegung behandelte, stellte die Verwirklichung der politischen Ansprüche auf soziale Gerechtigkeit um 1918 in den Mittelpunkt. Für die Zeit des Ersten Weltkriegs arbeitete er zwei Grundtypen heraus, in denen sich diese Forderungen zunächst artikuliert hätten: Den von ihm als „amorph“ bezeichneten Typus der Hungerrevolte sowie den rationaleren Typus des Streiks, der in stärker organisierten Bahnen verlaufen sei. In der Phase der Staatsgründung um 1918 sei das politische Potential der Sozialisten dann zwar zunächst unterdrückt worden, deren in der Arbeiterschaft tief verwurzelte politische Prinzipien – Demokratisierung und

Sozialisierung – seien in der Ersten Republik jedoch zu einem Teil verrechtlicht worden.

Der Schwerpunkt dieses Teils lag mit den Referaten von Jana Malinská (Prag), Gabriela Dudková (Bratislava) und Jana Burešová (Olomouc) auf der Frauenbewegung. Während Malinská diese als Teil der Nationalbewegung beschrieb, deren Leistungen nicht mit der vollwertigen politischen Repräsentation in den Parteien honoriert worden seien, widmete sich Burešová den Unterschieden von katholischen und liberalen Frauenvereinen. Dudeková beschrieb hingegen in einer vergleichenden Studie zum Familienrecht die Ambivalenz der rechtlichen Stellung der Frau nach 1918. Nicht nur soziale Praxis, sondern auch das Rechtssystem hätten Ungleichheiten konserviert. Insbesondere die Rezeption des am traditionellen patriarchalischen Geschlechterbild ausgerichteten altösterreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch im westlichen Landesteil hätte für die zivilrechtliche Stellung der Frau fatale Folgen gehabt, weil Reformen in diesem Bereich an der Frage des Eigentumsrechts gescheitert seien. Das an das altungarische Gewohnheitsrecht angelehnte Rechtssystem im slowakischen Landesteil sei hingegen nicht nur in Fragen der Eheschließung, sondern auch in Fragen des Eigentumsrechts in der Ehe liberaler gewesen. Diese Erkenntnis relativierte das oft unreflektiert wiederholte Urteil von der universalen Rückständigkeit des slowakischen Landesteils. Eine solche differenzierte Betrachtung wäre auch für andere Themenfelder wünschenswert gewesen.

Den symbolischen Aspekten des Jahres 1918 wandten sich die Teile „Transformation der ‚Herzen und Köpfe‘“ sowie „Entstehung der Tschechoslowakei und historisches Gedächtnis. Historisches Bewusstsein und Unbewusstsein“ zu. Ivan Šedivý entfaltete den spannungsreichen Bedeutungshintergrund und symbolischen Gehalt des zeitgenössischen Schlagwortes der „Entösterreichisierung“. Politiker, Presse und nicht zuletzt die Legionäre, deren Wunsch nach einer tief greifenden „Säuberung“ der tschechischen Gesellschaft nach 1918 nicht erfüllt worden war, suchten nach neuen Traditionen und Mythen. In diesen sollte sich die Abwendung vom alten Österreich manifestieren, obwohl es zahlreiche personelle Kontinuitäten der Habsburgermonarchie zum neuen Staat gab. Dieses Dilemma der Ersten Republik zwischen Aufbruch, Moderne und Traditionalität zeichnete Michaela Marek (Leipzig) am Beispiel der Planungen für neue Denkmäler nach. Nach der Staatsgründung kam es zu einer Flut von Wettbewerben zur Darstellung nationaler Ideen, wichtiger Persönlichkeiten oder – wie nach dem Ersten Weltkrieg überall in Europa – der Kriegsgefallenen. Der modernen Kunst sollte eine herausgehobene Stellung zukommen, um den ideellen Fortschritt des neuen Staates auch ästhetisch vor Augen zu führen. Doch führte das Bedürfnis nach leicht verständlichen Botschaften letzten Endes zur Bevorzugung von konservativen, figürlichen und pathetisch aufgeladenen Formen.

Auch bei anderen neuen Staatssymbolen spiegelten sich die Identitätsprobleme der Tschechoslowakei wider. In mehreren Vorträgen wurden die neuen Feiertage ins Zentrum gerückt. Sollte der 28. Oktober 1918, der „Gründungsfeiertag“, staatlich und nationalitätenübergreifend oder im nationalen Rahmen gefeiert werden? Das Referat von Vratislav Doubek und Dagmar Hájková (beide Prag) beleuchtete die

Erinnerung an den 28. Oktober aus staatlicher Sicht und verdeutlichte die wechselnden politischen Implikationen bis in die sozialistische Ära. Jan Randák (Prag) führte an demselben Ereignis exemplarisch den Wandel der geschichtswissenschaftlichen Deutungen vor. Einen der wichtigsten neuen Feiertage, den Tag der Armee in Erinnerung an die Schlacht von Zborów 1917, untersuchte detailreich Richard Lein (Wien) auf dessen mythische Gehalte.

Die Sektion „Interpretation der Entstehung der Tschechoslowakei“ widmete sich den historiografischen und politischen Sichtweisen aus dem Ausland auf die tschechoslowakische Staatsgründung (Arnold Suppan, Atilla Pók, Antoine Marès, Maciej Górny). Bei Pók (Budapest) und Górny (Warschau, Berlin) standen dabei sozialistische Narrative im Vordergrund. Vor diesem Hintergrund wies Pók insbesondere auf ideologische Widersprüche in Masaryks und Benešs Außenpolitik hin, deren Verhältnis zu Ungarn ausschließlich von territorialen und innerstaatlichen Interessen geprägt worden sei. Die negative Sicht auf Beneš und Masaryk thematisierte auch Górny. Da in den Geschichtsschreibungen der sozialistischen Länder in den 1950er Jahren eine gemeinsame historiografische Erzählung gefunden werden sollte, mussten nationale Historiografien, aber auch die sowjetische vor 1945 relativiert werden. Für die Tschechoslowakei bedeutete dies, dass die Bedeutung des Jahres 1918 ganz in den Schatten der Oktoberrevolution von 1917 geriet. Masaryk, Beneš, aber auch den gegen die Rote Armee eingesetzten tschechoslowakischen Legionären unterstellte man ein ideologisches Festhalten an der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Selbstständigkeit der Tschechoslowakei wurde von der „marxistischen“ Historiografie dagegen als eine ungewollte Konsequenz der Arbeiterbewegung dargestellt. In dem folgenden Panel stellte Eva Broklová (Prag) einen exakten Gegenentwurf zu diesen Interpretationen vor – sie nahm damit eine schon in den 1920er und 1930er Jahren verbreitete Sicht wieder auf –, indem sie der politischen Gründungsleistung von Masaryk und Beneš für die tschechoslowakische Demokratie die größte Bedeutung beimaß. Dušan Kováč (Bratislava) interpretierte die Entwicklungen des Jahres 1918 hingegen eher als Folge des Ersten Weltkrieges.

Eine wissenschaftliche Konferenz aus Anlass eines so gewichtigen Jahrestages wie der Gründung der Tschechoslowakischen Republik hat immer etwas Repräsentatives, und das nicht nur, wenn das Waldsteinpalais auf der Prager Kleinseite den räumlichen Rahmen gibt. Was von dem auf Vorgängerkonferenzen bereits Gesagten, unter anderen politischen Vorzeichen Geschriebenen wieder aufgenommen und diskutiert oder was ausgeblendet wird, sagt viel über den jeweiligen Stand der Historiografie aus. Auffällig war das Fehlen der slowakischen Perspektiven auf die tschechoslowakische Geschichte und die damit verbundene Blickverengung. War die Liste slowakischer Themen und Referenten auf der Vorgängerveranstaltung vor zehn Jahren noch lang, sprachen dieses Mal vor allem tschechische, österreichische und deutsche Historiker über den westlichen (und dabei fast ausschließlich böhmischen) Landesteil der Tschechoslowakei. Manche Themen können zudem sicher noch als negativer Reflex auf vor 1989 nicht Sagbares gedeutet werden. Das hingegen, was davor schon gesagt werden konnte, wurde unausgesprochen und wie selbstverständlich als etwas nicht mehr Zeitgemäßes verworfen. Es wäre sicherlich nicht nur für tschechische Wissenschaftler lohnend, die eigenen Ausschlusskriterien

gegenüber diesen als veraltet wahrgenommenen Diskursen der so genannten marxistischen Historiografie stärker zu reflektieren. Da in Hinblick auf das Jahr 1918 sehr viel von personellen Kontinuitäten und sachlichen Diskontinuitäten die Rede war, drängte sich die Frage nach dem Umgang mit der eigenen Vorgeschichte geradezu auf.

München

Jana Osterkamp